

**Mitteilung
der Landesregierung**

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Staatsministeriums vom 20. Januar 2023, Az.: STM61-0123-6/1/4:

Anbei übermittle ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen für das 4. Quartal 2022.

Hassler
Staatssekretär

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg**über aktuelle europapolitische Themen****4. Quartal 2022**

I. Europapolitische Schwerpunktthemen	2
6. Jahresveranstaltung des Strategiedialogs Automobilwirtschaft BW in Brüssel	2
Migration und Grenzverkehr	3
Beziehungen zur Schweiz	4
II. Laufende europapolitische Themen	6
Plenarsitzung des Landtags am 12. Oktober 2022.....	6
Gespräche von Ministerpräsident Kretschmann und Staatssekretär Hassler in Brüssel.....	6
152. Plenartagung des AdR am 30. November und 1. Dezember 2022.....	7
Gespräch mit den Kommunalen Landesverbänden am 7. Dezember 2022	8
Mitwirkung und Beteiligung der Länder an der Umsetzung der Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas.....	8
Reisen	8
Veranstaltungen	11
Europaöffentlichkeitsarbeit	13
Dynamischer Europapool	15
III. Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit	15
Internationale Bodenseekonferenz (IBK).....	15
EU Strategie für den Donauraum	16
EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)	16
Frankreich	17
Vier Motoren für Europa	18
IV. Entwicklungspolitik	18

I. Europapolitische Schwerpunktthemen

Im 4. Quartal 2022 bildeten die 6. Jahresveranstaltung des Strategiedialogs Automobilwirtschaft BW in Brüssel, das Thema Migration und Grenzverkehr sowie die Beziehungen zur Schweiz die Schwerpunkte der europapolitischen Aktivitäten des Staatsministeriums.

6. Jahresveranstaltung des Strategiedialogs Automobilwirtschaft BW in Brüssel

Am 16. und 17. November 2022 fand die sechste Jahresveranstaltung des Strategiedialogs Automobilwirtschaft BW in der Landesvertretung Baden-Württembergs in Brüssel statt. Am ersten Tag leitete Ministerpräsident Winfried Kretschmann das Top-Level-Meeting, bei dem neben weiteren Kabinettsmitgliedern und hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern der baden-württembergischen Automobilwirtschaft auch Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing und EU-Industriekommissar Thierry Breton zu Gast waren. Die Landesregierung von Baden-Württemberg übergab im Rahmen des Top-Level-Meetings ein Impulspapier an die EU-Institutionen mit konkreten Forderungen für eine erfolgreiche Transformation der Automobilwirtschaft. Zentrale Forderungen sind die Unterstützung der EU für wirtschaftliche starke Transformationsregionen wie Baden-Württemberg, der flächendeckende und verpflichtende Ausbau der Ladeinfrastruktur und der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe und Wasserstoff in der ganzen EU sowie ein europäischer Ansatz für die Nutzung und das Teilen von Mobilitätsdaten. Kommissar Thierry Breton nahm die baden-württembergischen Forderungen sehr wohlwollend auf und versprach die europäischen Automobilregionen stärker in EU-Initiativen zur Begleitung der Transformation der Automobilwirtschaft, wie beispielsweise den „Transition Pathway“ oder dem Dialogformat „Route 35“ einzubeziehen.

Am Abend des ersten Tages fand eine Podiumsdiskussion zum Thema Mobilitätsdaten in der Landesvertretung in Brüssel statt, die von Ministerpräsident Winfried Kretschmann eröffnet wurde. Dabei diskutierte Verkehrsminister Winfried Hermann mit dem Generaldirektor der Generaldirektion Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien der Europäischen Kommission, mit Roberto Viola, dem Vorsitzenden der Geschäftsführung von Robert Bosch, mit Dr.-Ing. Stefan Hartung sowie dem Hauptgeschäftsführer von Bitkom e.V., Dr. Bernhard Rohleder, über die europaweite Schaffung eines Mobilitätsdatenraums zur Erleichterung des Zugriffs und der Nutzung der Daten. Am 17. November 2022 fand eine eintägige Fachkonferenz zu Themen rund um die Transformation der Automobilwirtschaft in der Landesvertretung in Brüssel statt. Eröffnet wurde die Fachkonferenz mit einer Keynote-Rede von Ministerpräsident Winfried Kretschmann, in der er verschiedene Aspekte und Herausforderungen der Transformation der Automobilwirtschaft sowie die Notwendigkeit eines engen Schulterschlusses

ses zwischen der EU und den europäischen Automobilregionen darlegte. In der anschließenden Auftaktpodiumsveranstaltung diskutieren Staatssekretär Florian Hassler mit der EU-Abgeordneten Henrike Hahn MdEP, dem Direktor für Mobilität aus der Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU der Europäischen Kommission, Joaquim Nunes de Almeida, der Vizepräsidentin der Region Grand Est, Brigitte Torlötting, sowie dem CEO der Business Region Göteborg, Patrik Andersson, über die Transformation der Automobilwirtschaft aus regionaler und europäischer Perspektive. Hierbei erläuterte Staatssekretär Florian Hassler welche Rahmenbedingungen es von Seiten der EU benötige, um die Transformation der Automobilwirtschaft in den europäischen Regionen zu einem Erfolg zu führen. Er wies darauf hin, wie wichtig regionale Allianzen und Zusammenschlüsse europäischer Automobilregionen, wie beispielsweise die im Ausschuss der Regionen gegründete Automotive Regions Alliance, bei der Transformation sind. Staatssekretär Florian Hassler forderte zudem, dass die Regionen bei der Transformation der Automobilwirtschaft ein stärkeres Gehör bei den EU-Institutionen finden müssen. Im Anschluss an das Auftaktpodium diskutierten Fachexperten aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Verbänden in acht Fachsessions über verschiedene Themen und Aspekte der Transformation der Automobilwirtschaft.

Migration und Grenzverkehr

Staatssekretär Florian Hassler tauschte sich am 1. Dezember 2022 in Brüssel mit der Stellvertretenden Generaldirektorin der Generaldirektion Inneres und Migration der Europäischen Kommission, Beate Gminder, über die aktuelle Situation von Geflüchteten in Baden-Württemberg, in der EU und in der Republik Moldau, insbesondere mit Bezug auf Geflüchtete aus der Ukraine, aus. Frau Gminder erläuterte die aktuelle Verteilungen der Geflüchteten auf die Mitgliedstaaten und unterstrich das Engagement der Europäischen Kommission, weiterhin eine gerechte Verteilung der Geflüchteten herbeizuführen. Dazu gehört auch der Aufbau eines Netzwerks zwischen den Botschaften der Ukraine in den Mitgliedstaaten zur Unterstützung der eigenen Bevölkerung in ihren Lebenssituationen in den Mitgliedstaaten. Staatssekretär Hassler lud Frau Gminder in diesem Zusammenhang zum Flüchtlingsgipfel von Ministerpräsident Kretschmann am 7. Dezember 2022 nach Stuttgart ein, was Frau Gminder gerne zusagte. Frau Gminder informierte Staatssekretär Hassler darüber hinaus über die Verhandlungen zwischen Mitgliedstaaten und Europäischem Parlament zur Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems.

Die Landesregierung setzt sich auch weiterhin für offene Grenzen im Schengen-Raum ein. Für Baden-Württemberg als Export- und Grenzland gilt dies in besonderer Weise. In diesem Sinn hat sie als Mitantragstellerin einen Antrag eingebracht, der vom Bundesrat am 7. Oktober 2022 beschlossen wurde. Offenen Grenzen im Schengen-Raum

werden in diesem in ihrer Funktion als „Kernbestandteil der europäischen Idee und wirtschaftlich unabdingbar“ hervorgehoben. Dazu gehören auch der grenzüberschreitende Austausch und der kleine Grenzverkehr. Mit Verweis auf die COVID-19-Pandemie sollten nach dem Bundesrat Binnengrenzen in der EU auch in Krisenfällen möglichst geöffnet bleiben. Darüber hinaus wird Einrichtung eines Schengen Rates begrüßt. Der frühzeitige gegenseitige Informationsaustausch und ein konzertiertes Vorgehen seien auch im Zuge der Gewährleistung der Freizügigkeit in den Grenzregionen unerlässlich. Dabei sieht der Bundesrat es für notwendig an, dass ein Mindestmaß an notwendigen Grenzübertritten definiert wird. Für den Fall der vorübergehenden Wiedereinführung oder der Verlängerung der Grenzübertrittskontrollen an den Binnengrenzen sollte sich zur Förderung eines koordinierten europäischen Handelns eng mit den Partnern im grenznahen Raum abgestimmt werden.

Beziehungen zur Schweiz

Veranstaltung „Nach dem Scheitern des Rahmenabkommens EU-Schweiz: Auswirkungen auf die Forschungszusammenarbeit“ am 12. Oktober 2022 in Brüssel

Am 12. Oktober 2022 fand in der Brüsseler Landesvertretung eine hybride Veranstaltung mit dem Titel „Nach dem Scheitern des Rahmenabkommens EU-Schweiz: Auswirkungen auf die Forschungszusammenarbeit“ statt. Staatssekretär Florian Hassler eröffnete die Veranstaltung mit einem Input. In diesem erläuterte er die engen und erfolgreichen Beziehungen von Forschungseinrichtungen aus der Schweiz und aus Baden-Württemberg. Beispielhaft nannte er dafür die 131 Hochschulkooperationen sowie die internationale Bodenseehochschule und dem europäischen Campus EUCOR. Zudem ist das EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“ eine wichtige Grundlage für die Forschungskooperation mit der Schweiz. Mehr als ein Viertel aller baden-württembergischer Horizon-Projekte in den vergangenen sieben Jahren hatten einen Schweizer Partner. Als Folge des Scheiterns des Rahmenabkommens zwischen der EU und der Schweiz ist die Schweiz momentan nicht bei „Horizon Europe“ assoziiert und hat den Status eines nicht-assoziierten Drittstaates, weshalb es zu Hindernissen bei der Forschungskooperation kommt. Staatssekretär Florian Hassler verdeutlichte, dass sich die EU selbst schwäche, wenn die Schweiz nicht vollständig bei „Horizon Europe“ assoziiert ist und sich innerhalb Europas Konkurrenz mache, da die Schweizer Forschungseinrichtungen zu den besten der Welt zählten. Er wies zudem darauf hin, dass „Horizon Europe“ technisch nicht mit dem Rahmenabkommen verbunden ist.

Staatssekretär Florian Hassler forderte vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Situation mehr Zusammenarbeit in Europa und wünschte sich schnelle Lösungen bei den ungeklärten institutionellen Fragen zwischen der EU und der Schweiz. Im Anschluss diskutierten der EU-Abgeordnete Lukas Mandl MdEP und Berichterstatter im Europäischen Parlament für den Schweiz-Bericht, Prof. Dr. Michael O. Hengartner,

Präsident des ETH-Rats, Prof. Dr. Kerstin Krieglstein, Rektorin der Universität Freiburg und Fabien Fivaz, Nationalrat der Grünen in der Schweizer Bundesversammlung und Präsident der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Schweizer Nationalrates unter der Moderation von Stephan Ueberbach, SWR Brüssel. Die Podiumsteilnehmer waren sich einig, dass die Nichtassoziiierung der Schweiz bei „Horizon Europe“ eine Loose-Loose-Situation für die EU und die Schweiz ist. Gerade bei der Forschung braucht es eine offene Kooperation mit den Besten in ganz Europa. Aus diesem Grund sollte es eine schnelle Vollassoziiierung der Schweiz bei „Horizon Europe“ geben.

Webinar „Wie weiter in den Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU“ am 11. November 2022

Am 11. November 2022 fand das Webinar „Wie weiter in den Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU“ auf Einladung von Staatssekretär Florian Hassler und dem Regierungspräsidenten des Kantons Basel-Stadt, Beat Jans, statt. Über die Anliegen der Grenzregionen und die Perspektiven für eine Lösung diskutierten mit den Gastgebern Dr. Paul R. Seger, Schweizerischer Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Natalie Sleeman, Botschafterin der EU-Delegation in Bern, Thomas Conrady, Präsident der IHK Hochrhein-Bodensee, Prof. Dr. Astrid Epiney, Vorstandsmitglied swissuniversities und Rektorin der Université de Fribourg (Schweiz) sowie Dr. Peter Grünenfelder, Direktor des Think Tanks Avenir Suisse. In der Diskussion wurde insbesondere die besondere Relevanz einer Vollassoziiierung der Schweiz beim EU-Forschungsprogramm Horizon Europe deutlich, aber auch Anliegen der Wirtschaft wurden in den Fokus genommen.

Das Webinar fand als Follow-Up auf Grundlage der gemeinsamen Absichtserklärung mit dem Kanton Basel-Stadt statt, die während der Reise von Ministerpräsident Winfried Kretschmann nach Zürich und Basel am 28./29. April 2022 unterzeichnet wurde.

Veranstaltung „30 Jahre Schweizer EWR-Nein: Wie geht es weiter zwischen der EU und der Schweiz?“ am 1. Dezember 2022 in Brüssel

Im Rahmen der Vorstellung des gemeinsamen Buches von Nicola Forster, Gründer des Think Tanks foraus (Forum Außenpolitik), Präsident der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft (SGG) sowie Ko-Präsident der Grünliberalen Partei (GLP) des Kantons Zürich und dem EU-Abgeordneten Dr. Andreas Schwab MdEP „Schweiz und Europa - Eine politische Analyse“ diskutierten die beiden Autoren am 1. Dezember 2022 in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Brüssel mit Staatssekretär Florian Hassler und der Schweizer EU-Botschafterin Rita Adam über die EU-Schweiz-Beziehungen. Staatssekretär Florian Hassler stellte sowohl in seinem Grußwort als auch bei der Podiumsdiskussion klar, dass die Schweiz einer der wichtigsten Partner von Baden-Württemberg ist. Aus diesem Grund macht sich das Land weiterhin für

enge Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz stark und setzt sich für eine schnelle und gute Lösung bei den offenen institutionellen Fragen nach dem Scheitern des Institutionellen Rahmenabkommens ein.

II. Laufende europapolitische Themen

Plenarsitzung des Landtags am 12. Oktober 2022

Im Rahmen der Plenarsitzung des Landtags am 12. Oktober 2022 sprach in der Aktuellen Debatte „Nach den Parlamentswahlen in Europa – Europäische Werte verteidigen, Gemeinschaft stärken, Rechtsruck verhindern“ Staatssekretär Florian Hessler für die Landesregierung. In seiner Rede würdigte er eingangs die Verleihung des Friedensnobelpreises 2022 an Vorkämpferinnen und Vorkämpfer für Menschenrechte in Belarus, Russland und der Ukraine. Diese erinnerten daran, dass die Entstehung der Europäischen Idee eng mit dem Streben nach Freiheit, Toleranz und Demokratie verknüpft sei. Heute gelte es, dieses Erbe anzunehmen und fortzuführen. Die Menschen in der Ukraine zeigten, wie lebendig der europäische Gedanke bei denen ist, die heute um Frieden und Freiheit kämpften. Diese EU der Freiheit und der Demokratie sei durch das Russland unter Präsident Putin bedroht. Er wolle die EU schwächen und spalten. Die jüngsten Wahlerfolge von Parteien mit Populismus, Nationalismus und Anti-Europa-Politik seien besorgniserregend. Die Regierungswechsel in Italien und Schweden würden zusätzliche Unsicherheiten in schwierigen Zeiten mit sich bringen. Durch das Zusammenwachsen der EU würden heute Entscheidungen in einem Mitgliedstaat immer auch Auswirkungen auf die anderen Mitgliedstaaten haben. Daher seien auch Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit als Grundwerte Europas nach innen nicht verhandelbar. Er begrüßte, dass mit dem Konditionalitätsmechanismus ein Instrument auf EU-Ebene bereitstehe, um gegen die Verletzung rechtsstaatlicher Standards vorzugehen. Es sei nun wichtig, dass die Europäische Kommission davon auch Gebraucht mache – wie nun im Fall von Ungarn. Die Landesregierung trage mit einer aktiven Europapolitik und intensiven interregionalen und grenzüberschreitenden Aktivitäten zum Zusammenwachsen Europas bei. Es sei notwendig, in diesen Formaten, aber auch im Land selbst über Grundsätzliches zu reden und Vorurteile abzubauen.

Gespräche von Ministerpräsident Kretschmann und Staatssekretär Hessler in Brüssel

Am 17. November 2022 sprach Ministerpräsident Winfried Kretschmann in Brüssel mit der Generaldirektorin der Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit der EU-Kommission, Sandra Gallina, über die Probleme bei der Umsetzung der europäischen Medizinprodukteverordnung (MDR). Ministerpräsident Kretschmann wies dabei wiederholt auf die gravierenden negativen Auswirkungen der MDR auf die baden-würt-

tembergische und europäische Medizinproduktewirtschaft sowie auf die Gesundheitsversorgung hin. Die Landesregierung hatte bereits in den letzten Jahren mehrmals konkrete Handlungsempfehlungen an die Europäische Kommission ausgearbeitet. Beim Gespräch mit Generaldirektorin Gallina forderte Ministerpräsident Kretschmann u.a. eine Verlängerung der Übergangsfristen, Erleichterungen für sog. Bestands- und Nischenprodukte sowie Maßnahmen zur Schaffung von höheren Kapazitäten und Fachpersonal bei den Benannten Stellen, die für die Zertifizierung von Medizinprodukten in der EU zuständig sind. Generaldirektorin Gallina lobte die ausführlichen und konkreten Handlungsempfehlungen Baden-Württemberg. Am 6. Januar 2023 legte die Europäische Kommission einen Vorschlag zur Verlängerung der Übergangsfristen der MDR vor und ging damit direkt auf einen Teil der Forderungen aus Baden-Württemberg ein.

Ebenfalls am 17. November 2022 sprachen Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Staatssekretär Florian Hassler mit EU-Abgeordneten aus Baden-Württemberg in Brüssel. Themen waren dabei u.a. die sechste Jahresveranstaltung des Strategiedialogs Automobilwirtschaft BW in Brüssel sowie das Impulspapier der Landesregierung, der European Green Deal, die MDR und die fehlenden grenzüberschreitenden Bahnverbindungen zwischen Baden-Württemberg und Frankreich.

Bereits am 10. Oktober 2022 hatte Staatssekretär Florian Hassler ein Antrittsgespräch mit der neuen stellvertretenden Ständigen Vertreterin Deutschlands bei der EU, Dr. Helen Winter. Staatssekretär Hassler erläuterte dabei die zentralen europapolitischen Schwerpunkte Baden-Württembergs, wie beispielsweise die EU-Schweiz-Beziehungen, die Transformation der Automobilwirtschaft vor dem Hintergrund des European Green Deals und die MDR. Ebenfalls waren die energiepolitischen Folgen für die EU durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine Thema.

152. Plenartagung des AdR am 30. November und 1. Dezember 2022

Im Mittelpunkt der 152. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) standen eine Debatte über die Nahrungsmittelkrise mit Agrar-Kommissar Janusz Wojciechowski und die Abschlussdebatte über das Europäische Jahr der Jugend (u.a. mit Kommissions-Vizepräsident Margaritis Schinas) sowie eine Debatte über die Energiekrise mit Energie-Kommissarin Kadri Simson am Donnerstag. Staatssekretär Florian Hassler nahm an der Sitzung in Brüssel teil.

Der AdR befasste sich mit dem Arbeitsprogramm der Kommission für das Jahr 2023 und nahm eine Entschließung dazu an. Im Rahmen der Plenartagung wurden verschiedene Stellungnahmen diskutiert und fassten Beschlüsse unter anderem zur nächsten Generation von Eigenmitteln, zum Thema legale Migration und zur Hasskriminalität. Der AdR befasste sich auch mit der europäischen Innovationsagenda und

nahm hierzu eine Stellungnahme an. Auf Initiative von Staatssekretär Florian Hassler wurde ein Antrag, der die Bedeutung der Hochschulen für angewandte Wissenschaft herausstellt, aufgenommen.

Gespräch mit den Kommunalen Landesverbänden am 7. Dezember 2022

Staatssekretär Florian Hassler hat Vertreterinnen und Vertreter der Kommunalen Landesverbände am 7. Dezember 2022 zu einem virtuellen Austausch über die Themen Zukunft der EU-Kohäsionspolitik, Green Deal: Zusammenarbeit Land/Kommunen, Belastungsgrenze der kommunalen Verwaltungsebene und Subsidiarität am Beispiel der Themen EU-Migrationspolitik, Bauplatzvergabe und Lärmkartierung getroffen.

Mitwirkung und Beteiligung der Länder an der Umsetzung der Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas

Auch nach Abschluss der Konferenz zur Zukunft Europas verfolgte die Landesregierung die Umsetzung der Ergebnisse aktiv weiter. Anknüpfend an einen Beschluss des Bundesrates anlässlich des Abschlussberichtes der Konferenz zur Zukunft Europas (BR-Drucksache 282/22 (Beschluss)) aus dem letzten Quartal, in dem sich Baden-Württemberg für aktive Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger der EU in europapolitische Beratungsprozesse eingesetzt hatte, lag ein Schwerpunkt der Landesregierung im weiteren Verlauf auf der Mitwirkung und Beteiligung der Länder an der Umsetzung der Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas. Am 25. November 2022 wurde vom Bundesrat ein dahingehender weiterer Beschluss (BR-Drucksache 282/22 (Beschluss) (2)) getroffen. Im Rahmen dieses Beschlusses bezieht sich der Bundesrat auf die laufenden Überlegungen zu der Einführung von Mehrheitsentscheidungen in Bereichen, in denen der Rat der EU bisher mit Einstimmigkeit entschieden hat, und bekennt sich zu seiner gesamtstaatlichen Verantwortung für ein starkes, handlungsfähiges und einiges Europa in der Welt. Darüber hinaus werden Bereiche identifiziert, in denen eine enge Einbeziehung der Länder besonders notwendig ist.

Reisen

Reise von Ministerpräsident Kretschmann in die USA

Ministerpräsident Winfried Kretschmann besuchte vom 2. bis 7. Oktober 2022 Pennsylvania (Pittsburgh) und Kalifornien (Sacramento, Los Angeles). Ziele der Reise waren die Vertiefung der Landespartnerschaft Baden-Württemberg – Kalifornien und die Stärkung der transatlantischen Beziehungen in Wirtschaft und Wissenschaft. Der fachliche Schwerpunkt lag auf der Künstlichen Intelligenz (KI) in den Anwendungsbereichen Connected Vehicles, Cybersecurity, eHealth und MedTec, dem Beziehungsaufbau zum Hightechstandort Pittsburgh und die Stärkung der Zusammenarbeit mit Demokratien.

Ministerpräsident Kretschmann wurde begleitet von einer rund 100-köpfigen Delegation, begleitet durch die Landtagspräsidentin und fünf Abgeordnete des Landtags, Minister Dr. Danyal Bayaz, Ministerin Petra Olschowski, Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Minister Winfried Herrmann, Staatsminister Dr. Florian Stegmann und Ministerialdirektor Stefan Krebs.

Mit der Reise wurde bestehende Kooperationen ausgebaut und neue Kontakte geschlossen. Besonders bedeutsam ist, dass die Landespartnerschaft BW – Kalifornien weiter gefestigt werden konnte. In einem persönlichen Gespräch von Ministerpräsident Kretschmann mit dem Gouverneur Kaliforniens, Gavin Newsom, bekannte sich dieser klar zur Fortführung und Intensivierung der Landespartnerschaft, u.a. in den Bereichen Klimaschutz, Verkehr, erneuerbare Energien und Wasserstoff sowie bei Innovation und Hochtechnologie zur Transformation der Wirtschaft. Gavin Newsom wurde im November 2022 für eine zweite Amtszeit als Gouverneur wiedergewählt.

Kalifornien hat angekündigt, 2023 ein Trade Desk bei BW_i einzurichten. Damit können Unternehmenskontakte wechselseitig gefördert werden, da Baden-Württemberg bereits seit einigen Jahren ein Auslandsbüro bei der AHK in San Francisco unterhält. Zudem wurde mit der Unterzeichnung eines Letter of Intent eine Zusammenarbeit im Bereich Cybersicherheit zwischen dem Innenministerium und dem California Governor's Office of Emergency Services (Cal OES) angestoßen. Landtagspräsidentin Muhterem Aras knüpfte mit einem Gespräch im Parlament von Kalifornien Kontakte und schlug eine Parlamentspartnerschaft BW – Kalifornien vor.

Der Besuch der Delegation in Pittsburgh fand eine hohe Aufmerksamkeit und wurde von den dort ansässigen Wirtschaftsverbänden stark unterstützt. Dadurch konnten zahlreiche Kontakte geknüpft werden. Pittsburgh ist ein sehr interessantes Vorbild für eine gelungene Transformation der Wirtschaft – vom ehemaligen Zentrum der US-Stahlindustrie („Rust Belt“) zum heute weltweit bedeutsamen Standort für KI und Robotics. Erfolgsfaktor ist hier auch das kollaborative Zusammenarbeiten aller Akteure in einem Ökosystem um die Carnegie Mellon University (CMU) und die Pittsburgh University, das bewusst gefördert wird.

Reise des Ausschusses für Europa und Internationales des Landtags nach Bosnien und Herzegowina Sarajevo am 3. und 4. Oktober 2022

Staatssekretär Florian Hassler hat an der Informationsreise des Ausschusses für Europa und Internationales des Landtags am 3. und 4. Oktober 2022 nach Bosnien und Herzegowina teilgenommen. Nach einem Briefing durch den deutschen Botschafter Dr. Thomas Fitschen fand ein Austausch mit Edin Dilberović, Direktor für EU-Integration, statt. Zudem hat sich Staatssekretär Hassler zum Thema „Wirtschaftssituation in Bosnien und Herzegowina“ mit Vertretern der Delegation der Deutschen Wirtschaft in Bosnien und Herzegowina (AHK), politischen Stiftungen und NGOs ausgetauscht. Neben den Beziehungen von Baden-Württemberg mit Bosnien und Herzegowina mit dem

Engagement im Bereich der Bildung und Zivilgesellschaft standen auch die Themen Migration und der EU-Beitritt von Bosnien und Herzegowina im Mittelpunkt der Gespräche.

Reise von Staatssekretär Florian Hassler nach Rumänien und in die Republik Moldau

Vom 18. bis 21. Oktober 2022 besuchte Staatssekretär Florian Hassler Rumänien (Bukarest) und die Republik Moldau (Chișinău). Begleitet wurde er von den Staatssekretären Dr. Patrick Rapp (nach Rumänien) und Siegfried Lorek sowie den Abgeordneten Michael Joukov MdL und Nicolas Fink MdL.

Ziele der Reise waren die Intensivierung der langjährigen Kooperationen mit Rumänien, einschließlich einer Unterstützung für den Vollbeitritt zum Schengenraum, und der Austausch zu den EU-Beitritts- und Weiterentwicklungserspektiven für die Republik Moldau. Eine wichtige Rolle spielten Gespräche und Vor-Ort-Informationen zur Ukraine-Krise und zur Lage der ukrainischen Geflüchteten in Rumänien und Moldau. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Zusammenarbeit im Donauraum. Im Rahmen der Reise fand das Jahresforum der Donauraumstrategie und das digitale Ministertreffen statt. Dabei ging es vor allem um die Weiterentwicklung des Donauraums in der aktuellen Lage.

In Rumänien führte die Delegation politische Gespräche mit dem Staatssekretär im rumänischen Außenministerium, Iulian Fota, und dem rumänischen Wirtschaftsstaatssekretär, Mihai Ion Macaveiu. Außerdem fand ein Treffen mit rumänischen Parlamentsabgeordneten unter Leitung des Abgeordneten der deutschen Minderheit in Rumänien, Victor Gant, statt. Themen waren u.a. der Vollbeitritt Rumäniens zum Schengenraum, die Wirtschaftskooperation, die Ukraine-Krise und die Situation von Geflüchteten aus der Ukraine.

In Moldau fanden politische Gespräche mit dem moldauischen Außenminister, S.E: Nicu Popescu, und dem Staatssekretär im moldauischen Außenministerium, Vladimir Cuc, statt. Zudem wurden Gespräche mit dem Botschafter der EU und dem ukrainischen Botschafter in Moldau geführt. Im Fokus standen hier insbesondere die EU-Beitrittsperspektive der Republik Moldau, der Krieg gegen die Ukraine und die Situation der Geflüchteten aus der Ukraine. Zudem hat die Delegation im Rahmen eines Projektbesuchs bei der CONCORDIA Sozialprojekte Stiftung in Chișinău einen Einblick in die Arbeit mit Geflüchteten aus der Ukraine in Moldau erhalten. Hier nahmen auch Vertreter der Agapedia gGmbH und der internationalen Akademie für Aus- und Weiterbildung gGmbH (IAW) teil, die sich ebenfalls in der Republik Moldau engagieren und vom Staatsministerium im Rahmen von Projektförderungen unterstützt werden.

VeranstaltungenEröffnung der Ausstellung „Nobody's Listening“ zum Gedenken an den Völkermord an den Eziden am 11. Oktober 2022

Am 11. Oktober 2022 sprachen in der Landesvertretung anlässlich der Ausstellung „Nobody's Listening“ als Rednerinnen und Redner neben Lamiya Aji Bashar, Preisträgerin des Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2016 und ezidische Menschenrechtsaktivistin, Prof. Dr. Dr. Jan Ilhan Kizilhan, Trauma-Psychologe, Dekan des Instituts für Psychotherapie und Psychotraumatologie, Universität Duhok, Direktor des Instituts für Transkulturelle Gesundheitswissenschaften, DHBW Villingen-Schwenningen, Ryan D'Souza, Direktor und Gründer der Ausstellung „Nobody's Listening“, Berater des Simon-Skjodt-Zentrums für die Prävention von Völkermord, US Holocaust Memorial Museum, sowie Haider Elias, Mitbegründer und Präsident der Organisation Yazda.

Der Leiter der Landesvertretung, Bodo Lehmann, verwies in seiner Begrüßung u.a. auf das Sonderkontingent von 1.000 besonders schutzbedürftigen Frauen und Kindern der IS-Gewalt und auf die besondere Verbindung zur Region Nordirak und zur Minderheit der Eziden.

Die Ausstellung „Nobody's Listening“, die bereits in verschiedenen Städten zu sehen war, erinnert an den Beginn des Genozids an den Eziden im Sommer 2014. Die Ausstellung geht jedoch weit über das reine Gedenken hinaus. Mittels Malerei, Bildhauerei und Poesie ezidischer Künstlerinnen und Künstler legt die Ausstellung die bis heute verheerenden Auswirkungen für die Überlebenden dieses Völkermords offen. Herzstück ist eine auf neuester Technik basierende und interaktive Virtual-Reality-Arbeit, bei der den Besucherinnen und Besuchern auf sehr eindrückliche Art und Weise das tragische Schicksal einer jungen Ezidin und ihres Bruders vor Augen geführt wird. Der Blick richtet sich auch auf die Zukunftsperspektiven der ezidischen Gemeinschaft in ihrer Heimat. Sie unterstreicht den unermüdlichen Willen und die Courage der Überlebenden, verleiht ihnen eine weltweite Stimme in ihrem Kampf um Gerechtigkeit, Anerkennung und die Bewahrung ihres kulturellen Erbes. Die Ausstellung wurde vom 6. bis 28. Oktober 2022 in der Landesvertretung gezeigt.

Veranstaltung „Die Republik Moldau: Ein couragierter Partner vor schwierigen Herausforderungen“ am 30. November 2022

Am 30. November 2022 wurde mit der Podiumsdiskussion ein Land porträtiert, dass in der Vergangenheit wenig im Fokus stand: Die Republik Moldau. Staatssekretär Florian Hassler eröffnete in der Landesvertretung Brüssel die Veranstaltung „Die Republik Moldau: Ein couragierter Partner vor schwierigen Herausforderungen“ und brachte bei der Podiumsdiskussion die Perspektive Baden-Württembergs ein.

Er betonte, dass der russische Angriff auf die Ukraine vieles verändert habe – auch den Blick auf die Staaten im südöstlichen Europa. Es sei überdeutlich geworden, dass es im geopolitischen Interesse der EU sei, ihre direkten Nachbarn stärker in den Blick

zu nehmen und dort auch die pro-europäischen Kräfte zu unterstützen. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat über das unmittelbare Kriegsgeschehen hinaus die ganze Region verunsichert und gefährdet. Die Republik Moldau sah sich im Zuge der russischen Aggression mit einem dramatischen Anstieg der Energiepreise und politischen Risiken konfrontiert; dies könnte den eingeschlagenen proeuropäischen Weg der Republik Moldau erschweren. Diese gefährliche Situation in der Nachbarschaft der EU kann dazu führen, dass Sicherheit und Stabilität auf dem Kontinent insgesamt weiter geschwächt werden.

Das moldauische Volk hat sich vor drei Jahrzehnten eindeutig für Freiheit und Demokratie entschieden. Insbesondere seit 2019 bewegt sich die Republik Moldau auf die EU zu. Am 3. März 2022 hat sie ihren Antrag auf Mitgliedschaft in der EU gestellt.

Beim Europäischen Rat vom 23. Juni 2022 haben die EU-Führungsspitzen der Republik Moldau den Status eines EU-Bewerberlandes zuerkannt.

Am Abend des 30. November diskutierten Staatssekretär Florian Hassler mit Botschafterin Daniela Morari (Leiterin der Mission der Republik Moldau bei der EU), MdEP Siegried Muresan (stv. Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament, Vorsitzender der Delegation im Parlamentarischen Assoziationsausschuss EU-Moldau), Michael Rupp (Europäische Kommission, Generaldirektion Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen), Gerald Knaus (Gründungsdirektor der Europäischen Stabilitätsinitiative – ESI) und Dr. Tinatin Akhvlediani (Centre for European Policy Studies, Moderatorin) die drängendsten Probleme und Herausforderungen für die Republik Moldau, aber auch die EU-Perspektive des Landes zwischen Rumänien und der Ukraine.

Einig waren die Diskutanten darin, dass zum einen rasch die nötigen Ressourcen bereitgestellt werden, damit die Menschen in Moldau gut über den Winter kommen und zum anderen die zugesagten Mittel der Geberkonferenzen rasch vor Ort ankommen, damit die pro-russische Propaganda Verzögerungen der Geldflüsse nicht gegen die pro-europäische Regierung und somit gegen die EU ausspielen kann. Die Republik Moldau – so wie im Übrigen auch die Ukraine – ist seit über einem Jahrzehnt an der EU-Donauraum-Strategie beteiligt; in deren Rahmen arbeiten Partner aus nicht-EU-Ländern und der EU vertrauensvoll zusammen. Die EU-Donauraum-Strategie ist ein zentraler Baustein der Europapolitik Baden-Württembergs und in dieser Initiative von Beginn an besonders engagiert. Staatssekretär Hassler wies in der Diskussion auch auf Projekte in Moldau mit baden-württembergischer Beteiligung hin.

Veranstaltung „60 Jahre ‘Rede an die deutsche Jugend’ – 60 Jahre grenzüberschreitende Freundschaft für eine europäische Zukunft“ am 30. November 2022

Anlässlich des 60-jährigen Jubiläums der „Rede an die deutsche Jugend“ von Charles de Gaulle haben Baden-Württemberg, die Region Grand Est, das Saarland und Rheinland-Pfalz am 30. November 2022 in die baden-württembergischen Landesvertretung

in Brüssel zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen. Der damalige französische Präsident Charles de Gaulle hielt diese Rede am 9. September 1962 in Ludwigsburg, die ein Meilenstein in der Aussöhnung zwischen Franzosen und Deutschen nach dem Krieg bleibt.

In seiner Eröffnungsansprache betonte Staatssekretär Florian Hassler, dass für ihn die dt.-frz. Freundschaft eine Herzensangelegenheit sei und er zeigte sich beeindruckt von dem Engagement junger Europäerinnen und Europäer des deutsch-französischen Jugendwerkes – insbesonderen von den Jugendbotschaftern Anne Kerle und Amaury Laroche Bernard, die in ihrer „Rede an die Jugend Europas“ ihre Vision einer gemeinsamen europäischen Zukunft skizzierten.

Im Rahmen der Veranstaltung diskutierte Staatssekretär Hassler u.a. mit der Vizepräsidentin der Region Grand Est, Brigitte Torloting, Perspektiven der dt.-frz. Freundschaft für eine europäische Zukunft. Dabei wurde auch auf die „Partnerschaftskonzeption Baden-Württemberg-Frankreich“ der Landesregierung hingewiesen; mit dem Konzept zu einer dt.-frz. Kooperation auf regionaler Ebene will Baden-Württemberg die Zusammenarbeit strategisch vorantreiben.

Umrahmt wurde die Veranstaltung mit Auftritten von Jessy James LaFleur, eine Wortschöpferin aus der deutsch-belgischen Grenzregion, jungen Europäerinnen und Europäern über das dt.-frz. Jugendwerk sowie einer dt.-frz. Jazz-Band.

Impulsvertag und Podiumsdiskussion auf der Europa-Veranstaltung des Verbands Region Stuttgart am 2. Dezember 2022

In Vertretung für Herrn Staatssekretär Florian Hassler hat Frau Dr. Alexandra Zoller, Leiterin der Abteilung Europapolitik, Landesvertretung Brüssel und Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Staatsministerium, am 2. Dezember 2022 einen Impulsvertag zum Thema “The role of Baden-Württemberg in the European Union - behind the scenes of the European policy of Baden-Württemberg” gehalten und nahm an der Podiumsdiskussion zum Thema „A Europe closer to citizens? Which role for cities and metropolitan areas?” mit Fabienne Keller (Quästorin und Mitglied des Europäischen Parlaments), Xavi Tiana (European Metropolitan Authorities und Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen der Metropolregion Barcelona) und Dr. Bernd Vöhringer (Oberbürgermeister Stadt Sindelfingen) teil.

Europaöffentlichkeitsarbeit

Netzwerktreffen 2022

Am 11. November 2022 waren die Europa-Akteure aus Baden-Württemberg zu einem Netzwerktreffen eingeladen. Themenschwerpunkte waren das Europäische Jahr der Jugend und die Frage, wie man Jugendliche am besten erreichen kann. Ein besonderer Fokus lag auf der Nutzung der Sozialen Medien. Nach der Begrüßung durch die Leiterin

der Europaabteilung im Staatsministerium Dr. Alexandra Zoller präsentierte eine Delegation von Jugendlichen die Ergebnisse der Social Media-Workshops, die im Sommer und Herbst in Kooperation mit dem Europa Zentrum Baden-Württemberg durchgeführt wurden. Darüber hinaus berichtete eine Vertreterin des Europe Direct Oldenburg über ihre Social-Media-Aktivitäten. Abgerundet wurde das Treffen von den Berichten aus dem Regionalbüro München der Europäischen Kommission und dem Verbindungsbüro München des Europäischen Parlaments. Insgesamt nahmen rund 80 Personen teil.

Staufermedaille für besonderes Engagement im Bereich europäischer Jugendbegegnungen

Am 23. November 2022 überreichte Staatssekretär Florian Hassler sieben Personen die Staufermedaille, die sich seit vielen Jahren in besonderem Maße im Bereich der europäischen Jugendbegegnungen engagieren. Bei der Ehrung waren Familienangehörige, Vertreter aus den Kommunen und Landtagsabgeordnete aus den jeweiligen Wahlkreisen anwesend. Etwa alle zwei Jahre werden in einer eigenen Aktion Personen mit der Staufermedaille geehrt, die sich in besonderem Maße für den europäischen Gedanken und die europäische Integration engagieren.

Homepage Europa-Netzwerk

Seit Oktober 2022 ist die Homepage <https://europanetzwerk.landbw.de/> online, auf der die baden-württembergischen Europaakteure über sich, ihre Aktivitäten und ihre Veranstaltungen informieren können. 16 verschiedene Akteure haben bislang einen Zugang, um Neuigkeiten zu veröffentlichen und die Seite mit interessanten europabezogenen Inhalten füllen zu können.

Poetry Slam

Nach dem Erfolg der 2021 durchgeführten Seminarreihe „SlamUp for Europe“ wurde das Projekt in diesem Jahr in Kooperation mit der Vertretung der Europäischen Kommission in München und dem Verein Ausdrucksreich e.V. fortgeführt. In Workshops im Rahmen des Unterrichts haben Jugendliche von professionellen Poetry Slammern Grundkenntnisse im Schreiben und Vortragen erhalten und sich auf diese Art und Weise künstlerisch mit dem Thema Europa beschäftigt. An den Workshops nahmen insgesamt neun Klassen von fünf Schulen im Land teil. Eine Auswahl der entstandenen Werke wird noch veröffentlicht.

Europa-Puzzle auf Reisen

Das Europa-Puzzle des Staatsministeriums wird auch weiterhin an Schulen in Baden-Württemberg verliehen. Insgesamt konnten bislang 1.800 Schülerinnen und Schüler aus 70 verschiedenen Klassen im Alter zwischen sechs und 17 Jahren auf spielerische Weise das Konzept der EU „begreifen“. Auch der SWR ist auf das Puzzle aufmerksam

geworden, so dass es als Requisite in einer Informationssendung für Kinder und Jugendliche genutzt wurde, die sich mit Europa im Alltag beschäftigte. Das Europa-Puzzle ist eine 1,50m x 1,50m große Landkarte von Europa, bei dem die EU-Mitgliedstaaten die einzelnen Puzzleteile darstellen. Es kam erstmalig vor den Europawahlen 2019 im Rahmen der Europakampagnen-Bustour zum Einsatz.

Dynamischer Europapool

Dynamischer Europapool – Jahrestreffen 2022

Am 22. November 2022 fand in der BW-Bank in Stuttgart das Jahrestreffen des Dynamischen Europapools zum Thema „Flucht in Europa“ statt. Nach einem Video-Grußwort von Staatssekretär Florian Hassler stellte die Europa-Aktivistin Nini Tsiklauri zusammen mit dem Regisseur Johannes Richard Voelkel ihr Filmprojekt „Auf nach Europa“ vor. Im Rahmen der sich anschließenden Podiumsdiskussion ordneten weitere Teilnehmende, wie Klaus Danner, Ombudsperson für Flüchtlingsstaufnahme in Baden-Württemberg, und Dr. Ramona Rischke, Co-Abteilungsleiterin für Migration des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) e.V., persönliche und praktische Erfahrungen sowie wissenschaftliche Erkenntnisse in den aktuellen Kontext der stattfindenden Fluchtbewegung infolge des Ukraine-Krieges ein. Insgesamt nahmen 90 Poolmitglieder und Personalverantwortliche an der Veranstaltung teil.

Europa in der Mittagspause

Die digitale Veranstaltungsreihe „Europa in der Mittagspause“ wurde am 8. Dezember 2022 fortgesetzt. Dabei berichtete eine Auswärtsspielerin von ihrer aktuellen Auslandsverwendung bei Europol. 39 Poolmitglieder nahmen an der Veranstaltung teil.

III. Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit

Internationale Bodenseekonferenz (IBK)

Am 9. Dezember 2022 fand die IBK-Regierungschefkonferenz in Herisau (Appenzell-Ausserrhoden) statt. Damit endete das IBK Jubiläumsjahr. Gleichzeitig wurde die neue IBK-Strategie für die Jahre 2023-2027 beschlossen. Fokus thema wird die „Nachhaltige Mobilität über Grenzen“ sein. Querschnittsthema ist „Zukunft braucht Jugend“. Dies steht im Einklang mit dem im Koalitionsvertrag festgelegten Ziel, der Entwicklung der Bodenseeregion „zu einem CO₂-neutralen Kultur-, Natur- und Wirtschaftsraum“ mit Fokus auf „klimafreundliche, grenzüberschreitende Verkehrskonzepte“. Gleichzeitig wurde die Weiterführung der E-Charta Bodensee beschlossen, welche die Vernetzung und Zusammenarbeit der Akteure rund um E-Mobilität am Bodensee unterstützen soll. Im Zuge der Regierungschefkonferenz ging der Vorsitz der IBK für das Jahr 2023 an Bayern über.

EU Strategie für den Donauraum

Staatssekretär Florian Hassler wurde am 18. Oktober 2022 vom baden-württembergischen Ministerrat zum Sondergesandten des Landes für die EUSDR benannt. In dieser Funktion nahm er virtuell am Treffen der für die EUSDR zuständigen Ministerinnen und Minister teil, welches begleitend zum Jahresforum am 19./20. Oktober 2022 im slowakischen Košice stattfand. In seiner Rede ging Staatssekretär Hassler auf die ukrainische EUSDR-Präsidentschaft, welche das Land trotz des russischen Angriffskrieges fortsetzte, die Bedeutung zivilgesellschaftlichen Engagements in Krisenzeiten sowie den neu gegründeten Donau-Jugendrat ein. Die verabschiedete, gemeinsame Ministererklärung betonte die regionalen Herausforderungen in den Bereichen Energie- und Ernährungssicherheit sowie Schiffbarkeit der Donau und verurteilte den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Zum 1. Dezember 2022 übernahm Slowenien den EUSDR-Vorsitz. Die Schwerpunkte liegen auf den Themen Jugendbeteiligung, Wissensgesellschaft und Berufe der Zukunft sowie Energiesicherheit und Verkehr.

Im Nachgang zur Reise von Staatssekretär Hassler nach Rumänien und in die Republik Moldau, ebenfalls im Oktober 2022, unterstützt das Staatsministerium ein Projekt der Concordia Sozialprojekte Stiftung und der Agapedia Stiftung. Das Projekt soll gezielt Jugendlichen, die ohne Eltern aufwachsen, sowie ukrainischen Geflüchteten bei der Integration in die moldauische Gesellschaft helfen. Beide Stiftungen engagieren sich seit vielen Jahren in der Republik Moldau.

EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)

Am 23./24. November 2022 fand das Jahresforum der EUSALP in Trient, Italien, statt. Baden-Württemberg wurde durch das Staatsministerium und das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus vertreten. Bei der in diesem Rahmen ebenfalls stattfindenden Generalversammlung beschlossen die Vertreter und Vertreterinnen der an der Strategie beteiligten Staaten und Regionen unter anderem eine feste Reihenfolge der jährlich wechselnden Präsidentschaften (sog. rotating presidency) sowie die Einrichtung der „Technical Support Structure“ (TSS), einer Geschäfts- und Kommunikationsstelle für die Alpenraumstrategie.

Mit dem Jahresforum endete die italienische Präsidentschaft, die von den autonomen Provinzen Bozen-Südtirol und Trient durchgeführt wurde. Der EUSALP-Vorsitz wurde nun von den Schweizer Kantonsregierungen in Zusammenarbeit mit dem Bund, und damit zum ersten Mal auch von einem Nicht-EU-Mitgliedstaat, übernommen. Einen Schwerpunkt bilden die Themen Kreislaufwirtschaft, Management von Wasserressourcen und Nachhaltige Mobilität.

Frankreich

Gespräch von Ministerpräsident Winfried Kretschmann mit dem Präsidenten der Région Grand Est Jean Rottner

Ministerpräsident Winfried Kretschmann und der Präsident der Région Grand Est, Jean Rottner, trafen sich am 9. Dezember 2022 zu einem politischen Gespräch zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Gegenstand waren die allgemeine Lage in der Région Grand Est und in Baden-Württemberg vor dem Hintergrund von Ukrainekrieg, Energiekrise und Inflation, der Zukunftsprozess Fessenheim, die grenzüberschreitenden Bahnverbindungen, die Assoziiierung der Schweiz beim wissenschaftlichen Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe, die Zusammenarbeit der beiden Landesvertretungen in Brüssel sowie das 60-jährigen Jubiläum des Elysée-Vertrags 2023.

Antrittsbesuche französischer Diplomaten

Im Dezember 2022 empfing Staatssekretär Florian Hassler den neuen französischen Botschafter in Berlin, François Delattre, sowie den neuen französischen Generalkonsul in Stuttgart, Gaël de Maisonneuve, zu Antrittsbesuchen. Die Gespräche dienten in erster Linie dem Kennenlernen, es fand ein allgemeiner Austausch zu den dt.-frz. Beziehungen, aber auch zu für Baden-Württemberg wichtigen Themen wie dem Zukunftsprozess Fessenheim, grenzüberschreitenden Bahnverbindungen sowie Bildungskooperationen statt.

Zukunftsprozess Fessenheim

Derzeit zentral sind die sowohl landesinternen als auch grenzüberschreitenden Abstimmungen zur Umsetzung von Projektvorschlägen aus der dt.-frz. Machbarkeitsstudie „Innovationsregion Fessenheim“ der Eucor-Universitäten, etwa in den Bereichen Batterierecycling und grüner Wasserstoff.

Auch im Rahmen der Sitzung des dt.-frz. Ausschusses für Grenzüberschreitende Zusammenarbeit (AGZ) am 17. Oktober 2022 hatte sich Staatssekretär Florian Hassler für einen engen Austausch zwischen Frankreich und Deutschland eingesetzt, mit dem Ziel der Prüfung einer geeigneten Arbeitsstruktur zur Umsetzung von grenzüberschreitenden nachhaltigen Projekten in der Region um Fessenheim, wie diese in der Machbarkeitsstudie vorgeschlagen werden, und somit der Schaffung einer europäischen Modellregion für die Energiewende.

Mit der frz. Seite wurden die Gespräche insbesondere im Rahmen der Sitzung des Bureau Exécutif (Beschlussorgan des Raumprojekts Fessenheim unter Leitung der Präfektur Haut-Rhin) am 28. November 2022 intensiviert. Daran anschließend fand am 8. Dezember 2022 ein Austausch zwischen Staatssekretär Hassler und Yannick Mathieu, dem interministeriellen Beauftragten des frz. Staates für Energie- und Strukturwandel und damit auch zuständig für den Zukunftsprozess Fessenheim, statt. Im Rahmen des Gesprächs wurden die offenen Fragen zur Umsetzung von Projekten thematisiert, wie

insbesondere die Flächenverfügbarkeit. Es bestand Konsens darüber, dass zentrale Ansprechpartner auf beiden Seiten benannt werden müssen, die die nächsten konkreten Schritte, darunter auch Gespräche mit interessierten Investoren, planen und umsetzen.

Vier Motoren für Europa

Veranstaltung im Rahmen der Europäischen Woche der Regionen und Städte

Die Veranstaltung am 11. Oktober 2022 im Online-Format widmete sich der grünen Transformation der Automobilwirtschaft. Bei einer Paneldiskussion mit Experten aus allen Partnerregionen wurde deutlich, dass die vier Regionen in besonderem Maße von den Umbrüchen im Automobilsektor betroffen sind und vor vielfältigen Herausforderungen stehen. Staatssekretär Florian Hassler zeigte sich in seinem Schlusswort zuversichtlich, dass die Vier Motoren für Europa als besonders wirtschafts- und forschungsstarke Regionen auch bei diesem wichtigen Zukunftsthema eine Vorreiterrolle einnehmen und die Transformation als Chance für die Zukunftsfähigkeit nutzen können.

Die Transformation der Wirtschaft, u.a. des Automobilsektors, wird daher auch im Rahmen der anstehenden baden-württembergischen Präsidentschaft der Vier Motoren für Europa eine wichtige Rolle spielen. Derzeit wird in Abstimmung mit den Ressorts das Präsidentschaftsprogramm erstellt. Am 20. März 2023 findet die feierliche Übergabe der Präsidentschaft von Auvergne-Rhône-Alpes an Baden-Württemberg statt.

IV. Entwicklungspolitik

Die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg, der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals/SDGs) und des Pariser Klimaabkommens standen auch im 4. Quartal des Jahres 2022 im Zentrum der entwicklungspolitischen Arbeit des Staatsministeriums.

Die Landespartnerschaft mit Burundi stand auf der Akteurskonferenz, die am 28. Oktober 2022 in Leinfelden-Echterdingen stattfand, ganz im Zeichen der neuen Vertiefung der Zusammenarbeit. Viele Partner aus Burundi waren angereist. Neue Projektideen wurden zusammen mit Staatssekretär Rudi Hoogvliet ausgelotet. Das Agroforst-Cluster wurde um zwei weitere Jahre verlängert, unter dessen Dach neue klimafreundliche und ertragreiche Anbaumethoden erforscht und umgesetzt werden. Darauf aufbauend widmete sich auch der Rat für Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg auf seiner Jahresklausur am 28./29. November 2022 den nächsten, konkreten Schritten bei der Zusammenarbeit. Als Ergebnis entstanden konkrete Empfehlungen für die Modernisierung der Partnerschaft.

Im Bereich des jungen Engagements fand vom 3. bis 7. Oktober 2022 das International Youth Meeting der MINDCHANGERS Initiative statt. Jugendliche aus sechs europäischen Regionen, darunter Baden-Württemberg, haben sich unter ihrem Dach zusam-

mengeschlossen, um sich für Klimaschutz und Teilhabe zu engagieren. In ihren Regionen führen sie konkrete Projekte durch. Das Turiner Treffen stand ganz im Zeichen der europaweiten Vernetzung. Das nächste Youth Meeting findet im September 2023 in Stuttgart statt. Im November 2022 wurden in Baden-Württemberg weitere Projekte für eine Förderung ausgewählt.

Innerhalb der kommunalen Familie startete zum 1. Dezember 2022 die Koordinierungsstelle zur Stärkung von Städtepartnerschaften. Sie ist beim Städtetag angesiedelt, steht allen Kommunen des Landes offen und ist vom Staatsministerium für die Projektlaufzeit vom 1. Dezember 2022 bis 30. November 2024 finanziert. Neben der allgemeinen Beratung und Unterstützung stehen dabei die Stärkung der Zusammenarbeit mit Kommunen in der Ukraine und im baden-württembergischen Partnerland Burundi im Fokus.

Die ressortübergreifende Initiative „Afrika im Blick“ setzte neue Impulse der Beziehungen Baden-Württembergs zu seinen afrikanischen Partnern. Das Wirtschaftsministerium veranstaltete auf der Messe Global Connect am 15. November 2022 in Stuttgart den dritten Afrika Gipfel, um für die Geschäftschancen auf dem Kontinent zu werben. Das Staatsministerium veranstaltete am 27. Oktober 2022 in Leinfelden-Echterdingen das Afrika-Forum, das insbesondere der afrikanischen Community im Land die Möglichkeit bot, sich im Beisein von Staatssekretär Rudi Hoogvliet in alle Bereiche der Initiative „Afrika im Blick“ einzubringen. Im Rahmen der Initiative Koloniale Verantwortung setzte das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst die Rückgabe von afrikanischen Kulturgütern fort. Dazu reiste am 18. Dezember 2022 Wissenschaftsministerin Petra Olschowski nach Nigeria, nachdem zuvor am 14. Dezember 2022 die Eigentumsrechte übertragen worden waren.

Staatssekretär Rudi Hoogvliet traf sich am 12. Oktober 2022 im Staatsministerium mit Vertreterinnen und Vertreterin des migrantischen Netzwerks in der Entwicklungspolitik und unterstrich ihre zielführende Positionierung und ihren wertvollen Beitrag zur Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg: etwa in der Partnerschaftsarbeit mit Burundi und weiteren Ländern, im fairen Handel, bei Bildung, Wirtschaft und Wissenschaft.

Zum Jahreswechsel ist es Bund und Land gemeinsam gelungen, das Eine-Welt-Promotoren-Programm Baden-Württemberg nachhaltig zu stärken, nachdem die Kürzungen und Deckelungen auf Bundesseite aufgehoben wurden. Der Ausbau des Programms orientierte sich dabei an Empfehlungen des Rats für Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg. Damit stehen der Zivilgesellschaft und allen Entwicklungspolitisch interessierten und engagierten Menschen im Land nun erstmals rund 20 Promotorinnen und Promotoren professionell mit Rat und Tat zur Seite.